



Dr. Nils Schmid

Mitglied des Deutschen Bundestages
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion
Minister a.D.

Dr. Nils Schmid, MdB, Bahnhofstraße 8, 72622 Nürtingen

Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg
Minister Winfried Hermann
Dorotheenstraße 8

70173 Stuttgart

- vorab per E-Mail -

Nürtingen, den 14. Oktober 2021

Ansprechpartner:
Michael Wechsler

Wahlkreisbüro:
Bahnhofstraße 8
72622 Nürtingen
Tel.: 07022 / 21 19 20
Fax: 07022 / 21 10 83
wahlkreis@nils-schmid.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 78310
Fax: 030 / 227 70308
nils.schmid@bundestag.de

Pläne einer veränderten Abflugroute am Flughafen Stuttgart

Sehr geehrter Herr Minister,

gestatten Sie bitte, dass ich mich mit einem dringenden Anliegen an Sie wende, welches meinen Wahlkreis Nürtingen unmittelbar und massiv betrifft. Gleich zu Beginn möchte ich auch darauf hinweisen, dass der Sachverhalt zeitkritisch ist.

Die Diskussion um die Pläne einer veränderten Abflugroute am Flughafen Stuttgart für Flugzeuge, die Richtung Osten starten, ist auch schon auf anderem Wege zu Ihnen gelangt. So haben sich betroffene Kommunen bereits direkt an Sie bzw. die Fluglärmkommission (FLK) gewandt. In letzterer soll am 2. November 2021 bereits eine Entscheidung fallen, die dann weiterverfolgt würde.

Das Land ist in dieser Frage doppelt angesprochen: Zum einen als Mitglied der Fluglärmkommission, wo es gefordert ist, neben den berechtigten kommunalen Interessen die Gesamtschau zu wahren. Zum anderen definiert das Land als maßgeblicher Eigentümer des Flughafens Stuttgart übergeordnete Ziele, wie zum Beispiel die Beachtung des Klimaschutzes, die Beteiligung der Bevölkerung in der betroffenen Region oder eben auch den Lärmschutz.

Der bisherige Beratungsprozess war intransparent und unzulänglich. So waren Informationen lange Zeit als vertraulich eingestuft, Informationen in gewählten Gremien (Gemeinderäte) wurden nicht etwa von Behördenvertretern, sondern von Piloten der antragstellenden Airlines vorgestellt, und die Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS) hat sich als zuständige



Planungsträgerin für das Flugverfahren bisher keiner Diskussion gestellt.

Im Jahre 2015 haben wir in unserer gemeinsamen Regierungszeit zusammen mit den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die mit Blick auf den Fluglärm eine „Implementierung eines transparenten Verfahrens mit Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung“ anstrebte. Ich halte das Land für prädestiniert, ein solches Verfahren zu strukturieren und zu organisieren. Dabei muss im weiteren Verfahren sichergestellt werden, dass die betroffenen Kommunen, aber auch die interessierte Öffentlichkeit die Möglichkeit erhalten, ihre Fragen und Standpunkte einzubringen, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Die Organisation einer öffentlichen Anhörung unter Einbeziehung von FLK und DFS (am 20. Oktober 2021), zu der Sie zusammen mit dem Ministerpräsidenten eingeladen haben, begrüße ich als wichtigen ersten Schritt in einem solchen Prozess.

Darüber hinaus möchte ich anregen, dass das Land ein umfassendes Gutachten beauftragt, welches nicht im Ruch steht, einseitig interessengeleitet zu sein, wie das bei involvierten Airlines fast zwangsläufig der Fall ist.

Die Kommunen ebenso wie die Bürgerschaft in der Region bekennen sich ganz überwiegend zum Flughafen. Fluglärm gehört für viele zum Alltag. Das Ziel, die Belastung durch Fluglärm zu reduzieren, ist insofern von breiter Unterstützung getragen. Es ist selbstverständlich und richtig, dass die bestehenden Probleme und Regelungen immer wieder mit neuen Lösungsansätzen in Frage gestellt werden. Deshalb hat auch eine Diskussion über eine mögliche Umverteilung von Fluglärm ihre Berechtigung. Sie muss aber in einem nachvollziehbaren Verfahren auf sachlicher Basis geführt werden und alle Betroffenen mit einbeziehen.

Ich appelliere deshalb an Sie, Ihren Einfluss geltend zu machen, dass ein solches Verfahren mit den hier beschriebenen Maßstäben durchgeführt wird, und außerdem sicherzustellen, dass für diese weitreichende Entscheidung im Vorfeld ausreichend Zeit für Prüfung, Diskussion und Beteiligung besteht. Eine Entscheidung über eine Empfehlung der FLK schon am 2. November halte ich unter den momentanen Voraussetzungen nicht für zielführend.



Für Ihre Bemühungen danke ich Ihnen schon im Voraus! Bis zu Ihrer hoffentlich positiven Antwort verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen

Nils Schmid

Dr. Nils Schmid, MdB